

in der Bremischen Bürgerschaft

grün:inhalt:



Seite 2

BRÜSSEL-SPEZIAL

- Grüne Fraktionsreise »nach Europa«

Seite 3

- Zwei Grünbücher: Energie- und Meerespolitik
- Das 7. Forschungsrahmenprogramm ist anders als das sechste.

Seite 4

- Im »Poivre et Sel« ist gut essen, trinken und reden: ein Gespräch mit Helga Trüpel

Seite 5

- Von Grünen beantragter Untersuchungsausschuss zum Klinik-Skandal eingesetzt

Seite 6

- Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen
- Die GBI mit obskuren Beschäftigungsverhältnissen

grüne ecke

»Fünf für Bremen!«

Seit September ist die von der grünen Bürgerschaftsfraktion gestiftete LeseLust-Skulptur »Vier für Bremen« an der Schlachte zu



bewundern. Hier im Bild sind es aber fünf, mit der Künstlerin Friederike Emig-holz, die für die Grünen die Figur prachtvoll gestaltete.



Die SenatorInnen und StaatsrätInnen der großen Koalition 1995-2006: »Sinnbild für Stabilität und Kontinuität«

Hinter der Fassade ist jetzt davor

Nur ein Jahr hat es gedauert, bis nach dem Rücktritt von Henning Scherf die Folgen seiner Gute-Laune-Regierung sichtbar wurden. Einer Regierung, der der schöne Schein wichtiger ist als die Realität, die vor allem sich selbst meint und für die Wahrhaftigkeit, Ernsthaftigkeit und Verantwortung eine untergeordnete Rolle spielen.

Zeichen der Verwahrlosung gab es zuhauf. Der Tod des kleinen Kevin ist die Spitze des Eisbergs. Ein Tod, der einen langen Vorlauf hatte, ein Tod, der hätte verhindert werden können – wenn auf Worte Taten gefolgt wären. Schaut man sich den Klinik-Skandal und die mutmaßlichen kriminellen Machenschaften der Herren Lindner und Tissen an, denkt man an den Mord an der jungen Neustädterin durch eine psychisch kranke Frau, erschreckt am meisten, wie viele Menschen mit ihren Hinweisen, Beobachtungen, Fragen und Klagen auf ein unglaubliches Maß an Dickfelligkeit gestoßen sind. Was nicht ins Konzept passt, wird verdrängt – Hauptsache, die Reklame stimmt.

So auch im Fall von Kevin. Er war in Vormundschaft des Staates. Wir alle waren seine Eltern, und keiner der politischen Akteure kann sagen, er habe nichts gewusst. Seit Jahren wird in der Deputation für Jugend und Soziales kritisiert, dass die gesetzlich vorgeschriebene »Fachentscheidung im Einzelfall« in rechtswidriger Art und Weise in ein festes Budget gezwängt wird. So mussten Kinder, wenn das

Geld knapp war, bei den Eltern verbleiben, obwohl es notwendig gewesen wäre, sie vor ihnen zu schützen. Immer wurde zugesagt, sich um »Einzelfälle« zu kümmern. Dies war im Fall Kevin besonders zynisch, denn hier hat Jens Böhmsen den »Einzelfall« seiner Kollegin Karin Röpke benannt, und trotzdem ist nichts passiert. Permanente Nachfragen durch Grüne in der Deputation über den Zustand der Jugendhilfe wurden gebetsmühlenartig beantwortet mit: »Alles okay, alles im Griff.« Persönliches Fehlverhalten von MitarbeiterInnen der Verwaltung spielte sich in einem Rahmen ab, in dem Zivilcourage und Verantwortung nicht gefragt war. Deshalb ist es richtig und alternativlos, dass Karin Röpke zurückgetreten ist.

Der Rücktritt einer Senatorin, zwei Untersuchungsausschüsse – dies sind nur die letzten Zeichen des Verfalls der großen Koalition in Bremen. Chinesischer Granit für die Innenstadt, aber kein Geld für eine ordentliche Jugendhilfe, das ist, auf den Punkt gebracht, die Politik der großen Koalition.

Hinter der Fassade ist jetzt davor.

Von großer Bedeutung für Bremen: Brüssel

Die grüne Europaabgeordnete Helga Trüpel und die Bremer Vertretung bei der EU, allen voran ihr Leiter Christian Bruns, hatten für den EU-Besuch der grünen Bürgerschaftsfraktion ein an inhaltlichen Brennpunkten orientiertes Programm zusammengestellt.

Angesichts überfischter und verschmutzter Meere war die Präsentation des neuen Grünbuchs der EU-Kommission zur integrierten Meerespolitik ganz oben auf der Agenda. Klar wurde, dass sich die Fragen des Schutzes der Meere und der natürlichen Lebensgrundlagen nicht national, sondern nur länderübergreifend im Rahmen der EU lösen lassen. Die grüne Fraktion hält das Grünbuch für einen gelungenen Aufschlag, dem aber jetzt möglichst schnell konkrete Maßnahmen der EU folgen müssen.

Kritisch war die Diskussion zum Thema ›Erneuerbare Energien‹. Zwar unternimmt die EU einiges zur Förderung der regenerativen Energien, allerdings – nach Meinung der Grünen – immer noch viel zu wenig viel zu langsam. Auch die unentschlossene Haltung der EU zur Atomkraft wurde kritisiert. Themen weiterer Gespräche waren der

europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt, die EU-Raumfahrtspolitik, das 7. Forschungsrahmenprogramm und die (bisher noch schwammige) Agenda der Bundesregierung für ihre EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007.

Es liegt wohl an den aufwühlenden Zeiten in Bremen, dass die Fraktionssitzung mit der per Telefon aus Bremen zugeschalteten und über Mikros in den Fraktionssaal der EU-Grünen übertragenen Fraktionsvorsitzenden Karoline Linnert zum Untersuchungsbericht Klinikskandal den emotional nachhaltigsten Eindruck auf die Abgeordneten machte. An der überragenden Bedeutung der EU für die Zukunft auch unseres kleinen Bundeslandes und für die zukünftige Arbeit der Grünen ändert dies aber nichts.

Matthias Güldner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Die grüne Fraktion mit Christian Bruns in der Rue Palmerston vor der Bremer Vertretung

Brüssel – ein bürokratisches Monster?

Ein wesentlicher Ort, an dem Bremen und Europa sich begegnen, ist die Bremer Vertretung in Brüssel. Für deren Leiter Christian Bruns ist es entscheidend, dort zu sein, wo der politische Willensbildungsprozess beginnt. Über die Hälfte der nationalen Gesetz-



Das Europaparlament prägt heute den Charakter des ehemals wenig beachteten Brüsseler Viertels erheblich. Nicht nur die zahlreichen Kneipen, Restaurants und Cafés profitieren von dem Zulauf, auch für viele Nichtregierungsorganisationen, die rund um die EU-Gebäude ihre Vertretungen eingerichtet haben, ist die Nähe zur EU von Vorteil.

Baustelle EU: Trotz der immensen Ausweitung der Parlamentsgebäude besteht

Frankreich weiterhin auf dem zweiten Sitz in Straßburg. Die Ausschüsse und Fraktionen tagen in Brüssel, wo zudem kürzere Plenarsitzungen stattfinden. Aber jeden Monat zieht alles nach Straßburg zu den viertägigen Parlamentswochen. Der ›Wanderzirkus‹ kostet den Steuerzahler rund 200 Millionen Euro im Jahr. Unter <http://www.oneseat.eu/> wirbt die ›Oneseat-Kampagne mit einer Unterschriftenaktion dafür, dass das Europaparlament nur noch einen Sitz in Brüssel haben soll und nicht mehr in Straßburg tagt.



Christian Bruns, Anja Stahmann und Matthias Güldner vor dem Sitz der Bremer Vertretung

gebung wird heute direkt oder indirekt durch das EU-Recht beeinflusst. Bruns versteht sich als Übersetzer der ›Logik europäischer Politik‹ nach Bremen. Seit 1999 berät er den Senat und die Bürgerschaft in Europaangelegenheiten und unterstützt den Senat bei der Erarbeitung europapolitischer Positionen. In Brüssel bereiten er und seine MitarbeiterInnen die Bremer Mitglieder im Ausschuss der Regionen vor, informieren über EU-Förderprogramme und führen Besuchergruppen aus Bremen durch den Dschungel der EU.



Die Fraktionssitzungen der grünen Europafraktion im Petra-Kelly-Saal werden mehrsprachig durchgeführt, die Übersetzung gibt es simultan aus der Kabine per Knopfdruck im Kopfhörer.

Energieeffizienz: In Europa ein Muss!

Mit einer europäischen Richtlinie wird das Ziel vorgegeben, den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien innerhalb der EU bis zum Jahr 2010 auf 21 Prozent der Gesamtstromproduktion zu erhöhen.

Mit dem Kyoto-Protokoll hat sich die EU verpflichtet, die Treibhausgasemissionen in den Jahren 2008-2012 gegenüber 1990 um acht Prozent zu verringern. Durch den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine rückte Anfang 2006 das Thema Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt. Die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes, die Frage nach der Zukunft der Atomkraftnutzung und die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien stehen als Schwerpunkte auf der Agenda der politischen Europaakteure.

Die Europäische Kommission hat mit dem »Grünbuch Energie« vom 8. März 2006 unter dem Titel »Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie« die Grundlagen für eine europäische Energiepolitik dargelegt. Die Kommission nennt darin die Bereiche, in denen sie vorrangig aktiv werden will. Geplant sind u. a. die Einführung eines europäischen Energieregulators sowie eine weitergehende Entflechtung der Energieversorgungsunternehmen. Bis Ende 2006 wird die Kommission konkrete energiepolitische Strategien festlegen.

Im Gespräch mit Dr. Kellner von der »Generaldirektion Energie und Verkehr« wurde deutlich, wie wenig verbindlich die allgemeinen Ziele der Kommission sind. Kompetenzen im Energiebereich sind in den Mitgliedsstaaten verblieben. Insbesondere die neuen Mitgliedsstaaten setzen vorrangig auf fossile Brennstoffe bzw. Kernenergie. Gleichzeitig gibt es in diesen Staaten ein erhebliches Innovationspotential, das die EU befördern sollte.

Ein europaweites Projekt mit dem klangvollen Namen »Concerto« könnte auch für Bremen interessant sein: Kommunen werden bei Bestrebungen unterstützt, in Alt- und Neubaugebieten nachhaltige Energieeffizienz-Strategien zu integrieren und dafür Fördermittel zu beantragen. Karin Mathes, energiepolitische Sprecherin, hält eine Beteiligung Bremens an diesem Projekt für sehr unterstützenswert.

Das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU

Im Dezember 2006 wird aller Voraussicht nach das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union für die Jahre 2007 bis 2013 beschlossen – mit etlichen Änderungen gegenüber dem geltenden.

Das 7. Forschungsrahmenprogramm (FP7) unterscheidet sich von den vorherigen Programmen sowohl durch seine zwei Jahre längere Laufzeit als auch durch das deutlich gesteigerte Budget. Im Vergleich zum FP6 (19,2 Mrd. Euro) wird die finanzielle Ausstattung nunmehr auf 50,5 Mrd. Euro angehoben. Somit stehen zukünftig pro Jahr 7,2 Mrd. Euro für Forschung im europäischen Haushalt zur Verfügung. Die EU setzt damit die Lissabonstrategie um, in der sich die Länder auf die hohe Bedeutung von Forschung und technologischer Entwicklung verständigt hatten und trägt in zunehmendem Maße zur Umsetzung der Ziele bei.

Mit Hilfe von vier spezifischen Programmen des FP7 sollen herausragende wissenschaftliche und technologische Kapazitäten zunehmend gestärkt und damit das durchschnittliche Forschungs-

Nachhaltige Meerespolitik

Mit der im Herbst neu geschaffenen Generaldirektion »Fischerei und Maritime Angelegenheiten« hat die Europäische Kommission die Voraussetzung für die Entwicklung einer integrierten EU-Meerespolitik geschaffen.

Der zuständige Kommissar Joe Borg hat im Juni 2006 ein entsprechendes Grünbuch »Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union: eine europäische Vision für Ozeane und Meere« vorgelegt. Ziel des Strategiepapiers ist es, die Wechselwirkung von Politikfeldern mit maritimem Bezug, wie beispielsweise Schiffbau, Verkehr und Umweltschutz systematisch zu erfassen. Entsprechend umfassend sind die im Grünbuch angesprochenen Bereiche: Industrie, Forschung, Tourismus, Energien, Küsten- und Umweltschutz, Ausbildung, internationale Abkommen und kulturelles Erbe bilden nahezu vollständig alle maritimen Aspekte ab. Paul Nemitz von der Generaldirektion »Fischerei und Maritime Angelegenheiten« der EU-Kommission stellte es vor und diskutierte mit der grünen Fraktion.

Klaus Möhle, hafen- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, begrüßt die Entwicklung hin zu einer ganzheitlichen Sicht auf die Meere: »Es ist längst überfällig, dass wir eine vernünftige Diskussion darüber führen, wie wir die Meere künftig nutzen wollen. Bremen als maritimer Standort wird von einer kohärenten Meerespolitik, die ökonomische und ökologische Interessen miteinander verbindet, profitieren. Notwendig ist es, dass der Senat sich für ein Wachstum der maritimen Branchen einsetzt, indem er Fördermittel in die Region zieht.«

Möhle fordert Fachleute und BürgerInnen auf, ihre Stellungnahmen zum Grünbuch abgeben: »Die Kommission wünscht sich ausdrücklich ein Feedback aus den Regionen. Die Möglichkeit zur Mitgestaltung sollten wir nutzen.«

Der Konsultationsprozess für das Grünbuch »Meerespolitik« wird am 30. Juni 2007 enden. Am 2. und 3. Mai 2007 ist Bremen Gastgeberin einer großen Abschluss-Konferenz der Bundesregierung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

niveau in Europa erhöht werden. Dies gilt selbstverständlich auch für den Forschungsstandort Bremen. Allerdings sind Fragen zur Projektfinanzierung und -ausschreibung noch nicht abschließend geklärt, so dass neben dem fortwährend hohen Bürokratieaufwand, der ursprünglich reduziert werden sollte, abzuwarten bleibt, welche positiven Effekte das FP7 auf den Wissenschaftsstandort Bremen haben wird.

Eins aber zeichnet sich bereits jetzt schon ab: Geschlechterforschung und gender mainstreaming sind im Vergabesystem weit abgeschlagen und gehören nicht mehr wie bisher zu einem Forschungsschwerpunkt. Silvia Schön, wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecherin: »Das ist im stark naturwissenschaftlich ausgerichteten FP7 eine falsche Prioritätensetzung.«

Bremen in Europa – Helga Trüpel im Interview

Die grüne Bürgerschaftsfraktion traf sich in Brüssel auch mit der Bremer Abgeordneten im EU-Parlament, Helga Trüpel. Hier nimmt sie Stellung zu den grünen Anforderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und zur politischen Verbindung von Brüssel und Bremen.



Matthias Güldner mit Helga Trüpel im Gespräch

Frage: Am 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Welche Anforderungen haben die Grünen in Europa dazu?

Trüpel: Es wird vier große Forderungen geben: Ganz zentral ist die Frage nach der Zukunft der Europäischen Verfassung. Wir brauchen diese Verfassung, damit die EU handlungsfähig wird und die Rechte des Parlaments gestärkt werden. Nachdem die Abstimmung an Frankreich gescheitert ist, brauchen wir einen neuen Entwurf. Meine Fraktion macht sich dafür stark, einen modifizierten Text des Verfassungsvertrags

bei der Europawahl 2009 zur Abstimmung zu stellen. Dann entscheiden alle EuropäerInnen gleichzeitig darüber.

Frage: Was sind die anderen Schwerpunkte?

Trüpel: Ein zweites Thema wird Energie- und Klimapolitik sein. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss den Klimawandel und die Versorgungssicherheit im Zusammenhang mit der Außenpolitik zur Priorität erklären. Die Suche nach einer Lösung für den Nahen Osten und die Beitritte von Rumänien und Bulgarien stehen auf der Agenda. Angela Merkel muss eine Initiative starten zur Europäisierung der Asyl- und Flücht-

lingspolitik. Wir Grüne wollen Einwanderung in Europa mit Quotenregelungen gestalten und mehr für Integration tun.

Frage: Die Brüsseler Themen scheinen manchmal sehr weit weg vom Bremer Alltag zu sein. Wo sind die Berührungspunkte?

Trüpel: Wenn die EU-Kommission eine ganz neue Meerespolitik konzipiert und erstmalig darin sowohl die Interessen der Fischereiwirtschaft und der Häfen, aber auch des Umweltschutzes und des Tourismus berücksichtigt werden, dann hat das unmittelbare Folgen für Bremen und Bremerhaven!

Frage: Das liegt auf der Hand. Aber wie steht's mit anderen Themen aus Brüssel?

Trüpel: Mit meiner Veranstaltungsreihe ›Bremen in Europa‹ informiere ich über alle möglichen Brüsseler Themen. So sollen sie für die Bremerinnen und Bremer greifbar werden. Auf einer Fachveranstaltung, zu der ich alle Bremer Kulturinstitutionen einlade (s. unten), können auch ganz konkrete Fragen zum Antragsverfahren gestellt werden. Zum Thema europäische Energiepolitik hatte ich im September meine Kollegin Rebecca Harms eingeladen: Man ist ja im Handumdrehen von der globalen Frage der Energieversorgung bei Bremerhaven als Windenergiestandort gelangt.

›Bremen in Europa‹

www.Helga-Truepel.eu
Helga.Truepel@gruene-bremen.de

Die Revolution von 1956 – und 50 Jahre danach

Die ungarische Krise

Politischer Erfahrungsbericht von
Prof. Dr. Wolfgang Eichwede
Forschungsstelle Osteuropa an der
Universität Bremen

30. Oktober 2006, 20.00 Uhr
Haus der Wissenschaft
Sandstraße 4/5, 28195 Bremen

*Möglichkeiten und Chancen der neuen
Förderprogramme der Europäischen Union*

KULTUR-Programm

Vorstellung:
Christine Beckmann
›Cultural Contact Point Germany‹, Bonn

1. November 2006, 14.00 Uhr
Haus der Wissenschaft
Sandstraße 4/5, 28195 Bremen

Neue Technik – neue Macht – neue Aufgaben

Wie kommt Medienpolitik wieder auf die Höhe der Zeit?

Vortrag von
Prof. Dr. Norbert Schneider
Direktor der Landesanstalt für Medien NRW

2. November 2006, 18.00 Uhr
Haus der Wissenschaft
Sandstraße 4/5, 28195 Bremen

grün: Aktion



Kein Gewerbegebiet in Blumenthal

Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher, ist mit den Plänen der BIG für die Vermarktung des Geländes der Bremer Wollkämmerei nicht einverstanden: »Wir warnen davor, dieses Gebiet scheinbar als Gewerbefläche zu verschern. Großflächige Industriensiedlungen werden an dieser Stelle nicht gebraucht. Allein wegen der attraktiven Lage am Fluss bietet sich hier eine Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Dienstleistungen an.«

Recht auf Wohnen

Zu einem Fachgespräch besuchte der sozialpolitische Sprecher Dirk Schmidtman das Jakobushaus: »Für Menschen mit besonderen sozialen Problemen ist der Wohnungsmarkt in den letzten Monaten noch enger geworden. Immer mehr Langzeitarbeitslose müssen sich aufgrund der von Bremen zu niedrig festgesetzten Mietobergrenzen um billigere Wohnungen bemühen. Nun hat Bremen aus kurzfristigen Spargründen auch noch den Vertrag gekündigt, nach dem die Bremische verpflichtet war, Wohnungen für die Unterbringung Obdachloser oder von Obdachlosigkeit Bedrohter vorzuhalten.«

Die Grünen werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass alle Menschen angemessen wohnen können.

Energiewende: Chance fürs Handwerk

Durch umweltfreundliche Energietechniken und bauliche Maßnahmen zur Energieeinsparung eröffnen sich gerade für kleine und mittlere Betriebe neue Chancen. Beim Berufsförderzentrum der Handwerkskammer informierte sich Klaus Möhle über die entsprechenden Qualifizierungsangebote und die gerade installierte Erdwärmepumpe. Zukunftsweisend findet Möhle den Ansatz, sich nicht auf die reine Fortbildung zu beschränken, sondern die Betriebe zu unterstützen, die neuen Techniken aktiv zu vermarkten – damit die Handwerker zu den Motoren der Energiewende werden.



Von links nach rechts: Wolfgang Lüllmann von der Technologie-Transferstelle der Handwerkskammer, Johann Dirks, Innovationsberater, und Klaus Möhle MdBB

Klinik-Skandal: Galla die Zweite

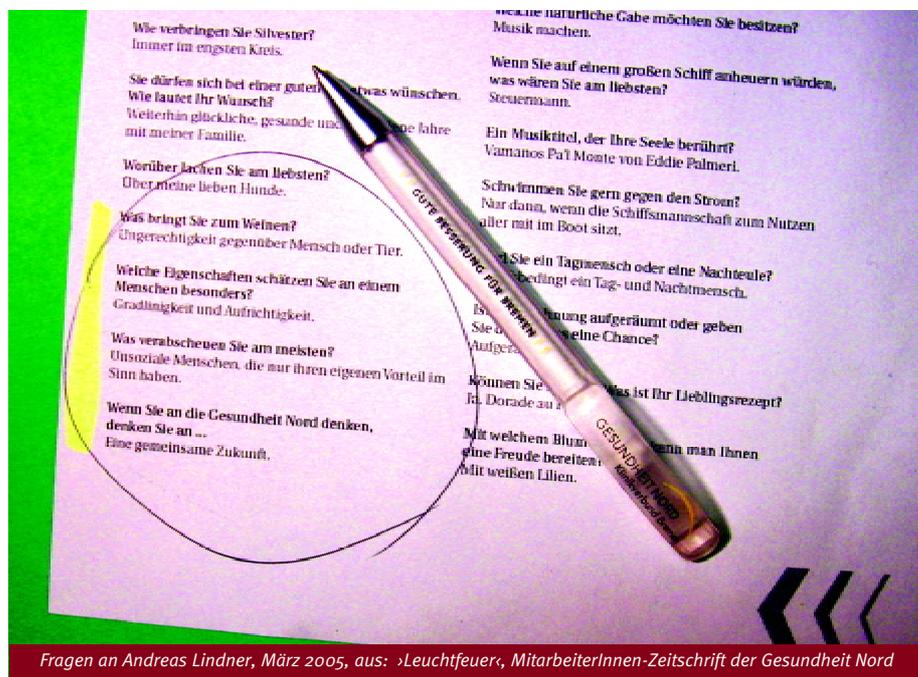
Teure Gutachten für wenig Leistung, kostspielige Verträge zum Schaden Bremens, fürstliche Honorare, die bar bezahlt wurden – die politische Verantwortung für den Bremer Klinik-Skandal trägt die vor kurzem zurückgetretene Gesundheitssenatorin Karin Röpke. Die grüne Fraktion will mit einem Untersuchungsausschuss klären, warum Hinweise auf kriminelle Machenschaften monatelang von der Behördenspitze ignoriert wurden und welche Strukturen die fehlende Kontrolle begünstigten. Was muss geändert werden, damit sich solch ein Debakel nicht wiederholt?

Anfang Juli haben die Grünen die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und den Bremer Klinik-Skandal öffentlich gemacht. Erst danach wurde Senatorin Röpke endlich aktiv und entließ viel zu spät den Geschäftsführer des Klinikums Bremen-Ost, Andreas Lindner. Ihr Staatsrat Arnold Knigge wurde in den Ruhestand verabschiedet, und ein Sonderermittler legte einen Bericht vor.

Unvergessen ist der Name Aribert Galla und seine Schwarzgeldklinik: 1988 befasste sich schon einmal ein Untersuchungsausschuss mit einem Klinikchef, der »sein« Krankenhaus als SB-Markt behandelte. Um so unverständlicher ist die Ignoranz der Gesundheitsbehörde gegenüber Warnungen und Hilferufen von Mitarbeitern der Klinik Bremen-Ost, die erfolglos versuchten ihren Verwaltungschef zu stoppen. Eine Kontrolle der Gesellschaft mit beschränkter Haftung fand nicht statt – mit fatalen Folgen für Bremen. Neben dem finanziellen Schaden in zweistelliger Millionenhöhe ist das Image des Klinikums Bremen-Ost schwer beschädigt.

Im Untersuchungsbericht des Sonderermittlers Ziemann kommt der Name der Ex-Senatorin Karin Röpke kaum vor. Dabei hatte der Staatsgerichtshof bereits im Jahr 2002 erklärt, dass die Senatoren für GmbHs im Konzern Bremen verantwortlich sind und eine umfassende Fachaufsicht gewährleisten müssen.

Die Zeit ist knapp: Bis zur letzten Bürgerschaftssitzung im April des nächsten Jahres muss der Untersuchungsausschuss seine Arbeit beendet haben, denn am 13. Mai 2007 wird die neue Bürgerschaft gewählt, die jetzige Wahlperiode läuft ab. Wir wollen die fehlende Kontrolle der Bremer Gesellschaften untersuchen, die Struktur der Klinik-Holding analysieren, wollen herausbekommen, wer wann welche Absprachen getroffen hat und Vorschläge erarbeiten, wie eine funktionierende Kontrolle gewährleistet werden kann – damit es nicht heißt: Dreimal ist Bremer Recht.



Fragen an Andreas Lindner, März 2005, aus: »Leuchtfuehr«, MitarbeiterInnen-Zeitschrift der Gesundheit Nord

Kinder, Küche, keine Kohle

Immer mehr Frauen arbeiten in unsicheren, schlecht bezahlten Jobs. Mit einer Diskussionsveranstaltung in der Kulturwerkstatt Westend holten die Grünen das Thema ›Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen‹ aus der Grauzone.

Alle Frauen haben ein Recht darauf, einer Arbeit nachzugehen, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Die Realität ist jedoch weit davon entfernt, erklärt die grüne Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert in ihrer Begrüßung. Betroffenen Frauen Mut machen und gemeinsam Maßnahmen und Kampagnen entwickeln, die für eine bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sorgen, das hatten sich die Organisatorinnen der Veranstaltung zum Ziel gesetzt. Zum Auftakt informierte Christiane Koch, Referentin für Arbeitsmarktforschung, in einem anschaulichen Referat über die Bandbreite prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Bis ins Jahr 2000 galten diese als ›Randgruppen‹ des Arbeitsmarkts, heute breiten sich prekäre Arbeitsformen immer weiter aus. Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt bietet Frauen oft keine andere Möglichkeit, als im Niedriglohnbereich zu arbeiten. Viele dieser Arbeitsplätze liegen im Dienstleistungssektor und sind häufig nicht sozial abgesichert. Wenn in Teilzeit gearbeitet werden muss, weil keine Vollzeitstellen zur Verfügung stehen oder die Kinderbetreuung am Nachmittag endet, kommen viele Frauen mit ihrem Lohn kaum über die Runden. Doris Hoch, frauenpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, fordert eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen: ›Alle ‐abgeleiteten Ansprüche in den Sozialversicherungen‑ durch den Partner stehen der Berufstätigkeit von Frauen entgegen. Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft, und es muss

endlich die Vorgabe ‐gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit‑ gelten.‹ Prekarität ist nach Ansicht der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin Silvia Schön bereits früh biografisch festgelegt und trifft vor allem gering qualifizierte Frauen. ›Junge Frauen, die früh Kinder bekommen, müssen in die Lage versetzt werden, ihre Ausbildung oder ihren Schulabschluss zu machen.‹ Schön wirbt für eine Umverteilung der Sozialversicherungsbeiträge, d. h. bei einem geringen Bruttoverdienst würden prozentual weniger Beiträge abgeführt als bei höheren Gehältern. Des Weiteren fordert sie eine deutlich bessere Kinderbetreuung und zeigt ein weiteres Dilemma auf: ›Viele Frauen arbeiten unterhalb ihrer Qualifikation. Für spezielle Programme für Berufsrückkehrerinnen fühlen sich die BAGIS und die Agentur für Arbeit aber nicht zuständig. ESF-geförderte Qualifizierungsprogramme richten sich



Trotz Fahrstuhl kein Aufstieg: prekäre Arbeit Putzen

häufig an Männer. Frauen, die prekär beschäftigt sind, brauchen unbedingt eine Anlaufstelle und eine qualifizierte Beratung.‹ Ein möglicher Ort für diese Stelle sei die Arbeitnehmerkammer.

Karoline Linnert kündigt an, dass die Grünen bei diesem Thema nicht locker lassen werden: ›Als nächstes werden wir das Reinigungsgewerbe im öffentlichen Dienst stärker in den Blick nehmen. Unserer Ansicht nach sollte jeder Betrieb seine eigenen Reinigungskräfte beschäftigen und diesen Bereich nicht ausgliedern. Outsourcing ist eine wesentliche Schritt hin zur Prekarisierung.‹

Der Fall GBI offenbart Kontrollbedarf

Obwohl der Rechnungshof bereits 2002 die Vergabepaxis der Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH (GBI) moniert hatte, hat sie weiterhin Aufträge vergeben, ohne die vergaberechtlichen Bestimmungen einzuhalten.

Die jetzt bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten bei der GBI zeigen einmal mehr deutlich, dass die große Koalition den Konzern Bremen nicht im Griff hat, so die baupolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion, Karin Krusche. Es steht der Vorwurf illegaler Arbeitnehmerüberlassung im Raum und vor allem, dass die GBI ihr Handeln mangelhaft dokumentiert. ›Hier ist parlamentarische Kontrolle nötig, fordert Karin Krusche. ›Wir werden im Haushalts- und Finanzausschuss der Bürgerschaft eine Anhörung der Verantwortlichen beantragen, um

die Aufklärung der Vorwürfe von der nichtöffentlichen Ebene des Aufsichtsrats in ein parlamentarisches Gremium zu verlagern.‹

Die grüne Bürgerschaftsfraktion setzt sich für eine Neuordnung des Liegenschaftswesens ein und kündigt dementsprechende parlamentarische Initiativen an.

Darüber hinaus werden die Grünen die Frage der Zukunft der Bremer Gesellschaften zu einem zentralen Thema der politischen Auseinandersetzungen der kommenden Monate machen.

Anti-Nazi-Demo

4. November

Hingehen!

10.00 Uhr
Depot Gröpelingen
(Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 2, 3 und 10)

Vernissage

16. November

Das Zeigen der Wunde: Der schweigende Mantel/ Der Konflikt

Schriftzüge und Wortbilder von Maryam Motalebzadeh und Gernot Wilberg

Begrüßung:

Karin Krusche MdB

Einführung:

Dr. Anne Thurmann-Jajes

19 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Ausstellung bis 16.2.2007

Mo.-Do. 10 bis 16, Fr. bis 14 Uhr

Bildung

4. Dezember

›15 Gebote des Lernens nach PISA‹

Vortrag und Diskussion mit

Prof. Dr. Peter Struck,

Universität Hamburg,

Anja Stahmann MdB

19.30 Uhr

Haus der Wissenschaft

Sandstraße 4/5, 28195 Bremen

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft	Grundlayout Designbüro Möhlenkamp
Telefon 0421/3011-0 Telefax 0421/3011-250 e-mail: fraktion@ gruene-bremen.de	Redaktion + Satz Thomas Kollande
internet www.gruene- bremen.de	Titelgrafik Matthias Güldner, Thomas Kollande

V.i.S.d.P.: Andrea Quick Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Schlachte 19/20 28195 Bremen	Fotos Frieder Dittmar, Thomas Kollande, Andrea Quick Druck: Geffken & Köllner, Bremen
--	--